

Danzig, Donnerstag, den 7. Februar 1867.

Danzig, Donnerstag, den 7. Februar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreussischen Zeitung, Hundegasse 70. Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. Monats-Abonnements 12½ Sgr.



Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. K. et eme ver's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2, in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler, in Leipzig: J. J. G. & Co., in Danzig: die Expedition der Westpreuss. Zeitung, Hundegasse 70. Einzelne Nummern 1 Sgr.

Preussische Zeitung.

Zu den Wahlen.

Am 12. Februar, — also am Dienstag in der kommenden Woche — sollen die Abgeordneten zum Norddeutschen Reichstage gewählt werden.

Jeder gute Preuze, der das Recht zum Wählen hat, (und das besitzt jeder unbescholtene Mann von mindestens 25 Jahren) — wird es als eine heilige Pflicht erachten, auch wirklich zur Wahl zu gehen, um dem König das große Werk vollbringen zu helfen, das er mit Hilfe seines Volkes vollbringen will.

Mit Hilfe seines Volkes — so ist es von vorn herein ausdrücklich verkündigt worden und so allein kann es gelingen; deshalb muß auch jeder im Volke, der es ernst und trenn mit seiner Pflicht nimmt, zum Gelingen eifrig mit Hand anlegen.

Viele werden auch jetzt wieder meinen: unser König und sein erster Minister Graf Bismarck hätten ja bisher Alles so über Erwarten glorreich und glücklich durchgeführt, daß man ihnen auch das Weitere mit vollem Vertrauen überlassen könne, darum sei es nicht nötig, erst noch viel mit drein zu sprechen. Aber wer so denkt, und deshalb nicht zur Wahl gehen wollte, der würde aus vermeintlicher Treue und aus lauter Vertrauen seine Pflicht gegen König und Vaterland versäumen, und mit dazu beitragen, daß die Gegner der Regierung bei den Wahlen die Oberhand gewinnen und der Ausführung der Gedanken und Pläne des Königs neue Schwierigkeiten bereiten.

Im Vertrauen auf die offene Zustimmung und den tatsächlichen Beistand seines Volkes hat unser König seinerseits die großen Aufgaben für Deutschlands Einigung in die Hand genommen; er hat darauf gerechnet, daß alle diejenigen, welche ihm Treue und Hingebung bewahren wollen, dies durch die Wahl gleichgesinnter Abgeordneten thun, damit er den

Plan des Norddeutschen Bundes in voller Gemeinschaft mit dem Reichstage gegen alle Widersacher rasch und kräftig durchführen könne. Des Königs Vertrauen zu seinem Volke würde getäuscht und seine Hoffnung vereitelt werden, wenn diejenigen, die seiner Weisheit und seiner landesväterlichen Fürsorge vertrauen, am Wahltag zu Hause bleiben und den Andersdenkenden das Feld überlassen wollten. Sie würden damit nimmer bewirken, daß der König und seine Minister die große Aufgabe allein durchführen könnten; vielmehr würden sie es mitverschulden, daß möglicher Weise Abgeordnete zum Reichstage gewählt würden, welche die Absichten der Staats-Regierung im Verein mit Preußens Widersachern zu durchkreuzen bedacht wären, bloß weil die Regierung in diesem oder jenem Punkte ihren besonderen Meinungen nicht zu Willen ist.

Wer also dem König wirklich Treue und Vertrauen beweisen will, der darf nicht die Hände in den Schooß legen, sondern er muß am Wahltag seine Pflicht gegen König und Vaterland mit der That erfüllen.

Gegen König und Vaterland; denn bei der Treue und Hingebung für den König handelt es sich zugleich sehr entschieden um das Heil des Vaterlandes und den Vortheil des ganzen Volkes.

Selten hat eine Regierung ein Werk unternommen, bei welchem mit der Größe und Ehre des Ganzen das Wohl der einzelnen Unterthanen so klar und unmittelbar verknüpft war.

Mit der Einigung von dreißig Millionen Deutschen wird das alte jahrhundertlange Sehnen unseres Volkes der Erfüllung entgegengeführt. Dabei handelt es sich aber nicht bloß um die äußere Macht und Geltung Deutschlands, sondern alle Kreise des Volkes werden, wenn das Werk nach den Absichten des Königs ge-

lingt, schon in Kurzem der reichen Segnungen und Vortheile desselben theilhaftig werden.

Mit der wachsenden Macht des geeinigten Staatswesens wird die Sicherheit Preußens und Deutschlands gegen fremde Kriegslust, die Sicherheit eines segensreichen, nährenden Friedens erhöht sein.

Während aber unsere Machtstellung gesteigert wird, soll doch die Militärlast für uns Preußen vermindert werden: alle Norddeutschen werden die Wehrpflicht und die Kosten des Heeres fortan mit uns theilen und demzufolge wird die Dienstpflicht in dem größeren Verbande nach wenigen Jahren um 6 bis 7 Jahre verfürzt werden können.

Die Einigung und mächtige Zusammenfassung aller Kräfte Norddeutschlands auf dem reichen Gebiete von Handel und Gewerbe, von Schiffahrt, Eisenbahnen und allen Verkehrsmitteln, die unbedingte Freizügigkeit und die Abschaffung aller Hemmnisse des freien Gewerbetriebes werden, so Gott will, in Kurzem ein herrliches Aufblühen von Handel und Wandel eine leichtere und höhere Verwerthung aller Erzeugnisse der Landwirtschaft, wie des Kunstfleißes herbeiführen.

Auch unsere deutschen Brüder in fremden Ländern werden den Schutz und Beistand eines mächtigen und angesehenen Vaterlandes erfahren und dankbar empfinden.

Das sind die hohen Güter, die unserm Volke zufallen sollen, wenn der Norddeutsche Bund jetzt, wo die Gelegenheit so günstig ist, wie noch niemals, rasch und kräftig ins Leben gerufen wird.

Dazu sollen alle guten Preußen dem Könige helfen! deshalb erfüllen sie eine Pflicht auch gegen das Vaterland und gegen sich selbst, wenn sie am 12. Februar zur Wahlurne gehen und zur Wahl eines Abgeordneten mitwirken, dem es voller

Ernst damit ist, die Staats-Regierung bei der Durchführung ihrer großartigen und wohlthätigen Pläne entschieden zu unterstützen.

Wer am Wahltag seine Pflicht versäumt oder wer seine Stimme einem Abgeordneten giebt, dem es nicht auf Einigkeit mit der Staatsregierung zur raschen Verwirklichung des großen Werkes, sondern auf allerlei Fragen und Vorwände des Parteiwesens ankommt, — der nimmt die Schuld mit auf sich, daß das Höchste was Preußens Könige jemals für das preussische und deutsche Volk unternommen haben, möglicherweise scheitert und mißlingt.

Ueberall ist bekannt und offenkundig, welcher von den Wahlkandidaten bestimmt und entschieden zur Regierung des Königs steht, welcher nicht.

Jeder, dem Preußens Ehre und Wohl am Herzen liegt, möge seine Stimme nur einem Manne geben, von dem er sicher ist, daß er den König und seine Regierung gegen alle Widersacher kräftig unterstützen will.

Mit Gott denn zur Wahl: es gilt der Sache des Königs und zugleich der Größe und dem herrlichen Gedeihen des Vaterlandes. (P.C.)

Antliche Nachrichten

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem persönlichen Adjutanten des Kronprinzen von Preußen Königl. Hoheit, Hauptmann von Jasmund à la suite des Leib-Grenadier-Regiments (1. Brandenburgischen) Nr. 8, die Erlaubniß zur Anlegung der von des Königs von Dänemark Majestät und des Herzogs von Anhalt Hoheit ihm verliehenen Decorationen und zwar des Ritterkreuzes des Danebrog-Ordens, resp. des Ritterkreuzes erster Klasse vom Hausorden Albrechts des Bären zu erteilen.

Ferner: Dem Medizinal-Rath Dr. Friedrich Michaelis zu Magdeburg den

Funiketon.

Felix Mendelssohn Bartholdy.

4. Vorlesung zum Besten des Johannesstiftes gehalten von Herrn Divisionsprediger Collin. (Schluß.)

In dieser Zeit bewarb er sich um eine Stelle an der Akademie zu Berlin; doch vereitelten Intriguen das Gelingen dieser Bewerbung. Er nahm deshalb die Musikdirectorstelle in Düsseldorf an und verblieb daselbst drei Jahre. Hier vereinigten er sich mit Zimmermann in der Direction des Theaters, indem er die Leitung der Oper übernahm; doch die Unzufriedenheit des Publikums wegen der hohen Preise, welche zu nehmen sie gezwungen waren, besonders aber die Beforgung vieler Außerlichkeiten, wozu er gar keinen praktischen Sinn besaß, verleitet ihn diese Stellung und er trennte sich sehr bald von Zimmermann. Die hier begonnene Composition der „Lorelei“ ist leider nur Fragment geblieben; dagegen erstand und vollendete er hier sein meisterhaftes Oratorium „Paulus“. Den Text hatte er sich mit Schubring nach der heiligen Schrift zusammengestellt, den Mittelpunkt bildet die Befehrsung des Paulus, wozu er den 51. Psalm wählte. Lange schwankte er, von wem er „die Worte des Herrn“ vortragen lassen sollte. Anfangs wollte er sie von einer Sopranstimme singen lassen; doch genügte ihm die nicht. Da gab ihm Schubring den Rath, einen vierstimmigen Frauenchor dazu auszuwählen. Dieses verwarf er, da er fürchtete, Theologen könnten deshalb den Verdacht gegen ihn hegen, daß er die Wirklichkeit der vom Herrn gesprochenen Worte bezweifelt. Endlich entschloß er sich doch dazu, dem Rathe Schubrings zu folgen, und der Eindruck gerade dieser Stelle des Meisterwerkes ist ein großer, überwältigender. Am Pfingsttag wurde beim niederrheinischen Musikfeste das ganze

Werk zum ersten Male aufgeführt und welche Aufnahme dasselbe fand, ist daraus zu ersehen, daß es in anderthalb Jahren fünfzig Aufführungen in 41 Städten erlebte. Der Meister wollte zu diesem Werke noch ein Seitenstück „Petrus“ componiren; doch ist die Ausführung unterblieben. Von Düsseldorf ging er, dem Rufe folgend, nach Leipzig, um die sogenannten Gewandhausconcerte zu leiten, welche ihm einen europäischen Ruf verschafften. Hier traf ihn im November 1835 der harte Schlag, daß er seinen Vater verlor, in dem er seinen innigsten Freund verlor.

Sein ganzes Streben ging dahin, den musikalischen Sinn des Publikums zu wecken und zu bilden, damit es die Werke der großen Tonkünstler verstehen lernte. Vor diesen hatte er einen so gewaltigen Respekt, daß er in einen hüligen Zorn gerieth, wenn Andere, wie er sich auszuordnen beliebte, ihr Talentslicht an die Stelle der hellen Fackeln setzen wollten. Handel und Bach waren und blieben seine Lieblingsmeister und ihre Werke wurden von ihm mit Vorliebe gepflegt. Er war es auch, der bewirkte, daß Leglerem noch so spät ein Denkmal gesetzt wurde. Aber auch gegen seine Zeitgenossen war er ohne Vorurtheil, er verschmähte nicht, eine Symphonie von Schumann und ein Werk von Garbe, der damals noch sehr unbekannt war, zur Aufführung zu bringen, und an diesen Worte der größten Anerkennung zu richten. Die Wahrheit setzte er nie aus den Augen und tadelte, wo er Lieberlichkeiten in der Kunst fand, denn er haßte sie; aber er übte auch gegen sich selbst die strengste Kritik und strebte rastlos vorwärts. Je älter ich werde, so schrieb er, desto mehr habe ich ein, daß ich erst lernen muß. Deshalb unterwarf er auch seine 1829 u. 30 componirte Walpurgisnacht einer nochmaligen Umarbeitung, ebenso wurde sein Oratorium „Elias“ vielfach durchgearbeitet. 1837

lernte er in Frankfurt seine Gattin kennen, mit welcher er in einer sehr glücklichen Ehe lebte; die selbige Verlobungsstimmung nahm, wie er selbst schrieb, kein Ende, sie war eine bleibende. Nach dem vierhundertjährigen Jubiläum der Erfindung der Buchdruckerkunst, zu dem er einen Lobgesang componirt hatte, erhielt er vom Könige August von Sachsen den Titel eines Kapellmeisters, während er schon 1836 von der Universität zu Leipzig das Ehrendiplom eines Doctors der Philosophie erhalten hatte. 1841 berief Friedr. Wilh. IV. ihn mit einem Gehalt von 3000 Thlr. an seinen Hof, um ihn bei der Reform der Akademie, die in vier Zweige, Architectur, Sculptur, Malerei und Musik auseinandergehen sollte, für diesen letzten Zweig zu verwerthen. Nachdem das erste Jahr verstrichen, ohne daß man einen Schritt weiter gekommen war, forderte er seine Entlassung, da er keine Sinecure von 3000 Thlr. besigen wollte. Man übertrug ihm darauf die Leitung eines Singchores; doch da derselbe noch gar nicht gebildet, ja an seine Bildung auch gar nicht gedacht wurde, so ging er mit dem Titel eines Generalmusikdirectors, den ihm der König verehrte, nach Leipzig zurück. „Der Sommernachtsstraum, Antigone“ waren die Früchte seiner Art in dieser Zeit. 1842 bewirkte er in Folge eines Vermächtnisses die Gründung des großen Conservatoriums für Musik, dessen Leitung ihm übertragen wurde, die er aber in seiner Bescheidenheit ablehnte, da er nur einer von den sechs Lehrern sein wollte. Ein zweiter Schlag traf ihn jetzt, der ihn sehr beugte, da ihm seine Mutter durch den Tod entzissen wurde. Angegriffen in seiner Gesundheit, kehrte er von Berlin zurück, setzte aber seine Arbeiten ununterbrochen fort, vollendete sein Oratorium „Elias“, wozu er das 16, 17 und 18 Cap des Buchs der Könige benutzte, so daß es am 25. August 1846 zum ersten Male aufgeführt wurde. Obgleich

er schon sehr leidend war, ging er dennoch 1846 nach London, um auch dort die Aufführung des „Elias“ zu leiten. Da traf ihn plötzlich ein herber Schlag, der an dem innersten Mark seines Lebens zehrte; seine Schwester Fanny starb unerwartet am Schlagfluß. In diesem großen Schmerz suchte er neue Demuth und Festigkeit im Glauben, und fühlend, daß auch seine Tage schon gezählt wären, arbeitete er um so rastloser weiter. Dem vielen Bitten seiner Freunde, sich zur Kräftigung und Stärkung seiner Gesundheit nach der Schweiz zu begeben, gab er endlich nach; doch setzte er auch dort seine Thätigkeit fort, indem er zur Bearbeitung sich das Höchste, das Bild des Heilandes selbst erwählt hatte; leider ist auch dieses Werk unvollendet geblieben. Anscheinend gestärkt, kehrte er zurück, doch riß ein achtzigjähriger Aufenthalt in Berlin die alten Wunden wieder auf, und so machte ein wiederholter Schlaganfall am 4. Novbr. seinem Leben ein Ende. Am 7. Novbr. fand unter Theilnahme der ganzen Bevölkerung Leipzigs die Todtenfeier statt. Der Sarg wurde in die Kirche getragen und der Chor stimmte an: „Erkenne mich, mein Hüter; Dir, Herr, Dir will ich mich ergeben“ aus Paulus und „Wir setzen uns mit Thränen nieder“ v. Bach. Als die große ernste Festversammlung die Kirche schon gänzlich verlassen hatte, kniete noch lange am Sarge eine trauernde Frauengestalt und betete innig; — es war die hinterbliebene Gattin des so früh Heimgegangenen. Der Sarg wurde darauf nach Berlin gebracht, dort von Friedrich Schneider, dem Pastor der Tonkunst empfangen, und in die Familiengruft auf dem Dreifaltigkeitskirchhofe beigesetzt.

Der geachtete Redner nahm von dem theuren Bilde des großen Meisters Abschied mit den bekannten Worten Goethes, welche derselbe seinem Freunde Schiller nachrief.

Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Sanitäts-Rath und Kreis-Physikus Dr. Tschepe zu Freienwalde im Kreise Ober-Barnim, dem Kreisgerichts-Secretair, Kanzlei-Rath Johann Wilhelm Lorenz zu Mülhhausen im Regierungs-Bezirk Erfurt und dem Architekten und Gemeinderath Vibron zu Verviers den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Geheimen Regierungs-Rath Hendl zu Wiesbaden den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, dem Senioratsbesitzer Baron von Uchtritz-Juga auf Wehardsdorf im Kreise Lauban, dem königlich schwedischen Capitain-Lieutenant Freiherrn von Otter in Carlscrona und dem praktischen Arzt Dr. Heinrich Rosenthal zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem Hospital-Verwalter Johann Heinrich Püders zu Einbeck und dem Chauffer-Ausscher Weinhold zu Groß-Banditz im Kreise Pignitz das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Mühlenwerkführer Wegker zu Guttstadt im Kreise Heilsberg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner

Den Appellationsgerichts-Rath Herz in Hamm als Kammergerichts-Rath an das Kammergericht zu versetzen, so wie den Stadtgerichts-Rath Steinhausen hiersebst zum Kammergerichts-Rath und den Kreisrichter Dr. Fösch aus Weisensfeld zum Appellations-Rath in Hamm zu ernennen.

Telegraphische Depeschen der Westpreussischen Zeitung.

Altona, 6. Febr. Als Termin für die Einstellung der dienstpflichtigen Mannschaften im Bezirk des 9. Armee-Korps ist der 5. März festgesetzt worden.

Wien, 6. Febr. Die heutige „Wiener Zeitung“ enthält in ihrem amtlichen Theile eine kaiserliche Verordnung, durch welche in Südtirol die Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechts außer Wirksamkeit gesetzt werden, weil durch die neuerlichen Unruhen die öffentliche Sicherheit daselbst in hohem Grade gefährdet erscheine.

Wien, 6. Febr. Es bestätigt sich, daß die Eröffnung der Landtags-Sessionen erst am 18. d. M. erfolgen wird. Den Landtagen wird, wie der „Neuen freien Presse“ von sehr gut unterrichteter Seite gemeldet wird, eine kaiserliche Botschaft zugehen, der außerordentliche Reichsrath sei, da der Ausgleich mit Ungarn zum ersten Abschluß gelangte, gegenstandslos geworden, und werde daher nunmehr der verfassungsmäßige Reichsrath nach der Februarverfassung berufen. Dem Letztern werde das Gesetz, betreffend die Heeresergänzung, und ferner eine Regierungsvorlage, betreffend eine Abänderung der Februarverfassung mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn, vorgelegt werden. Die Eröffnung der Session des Reichsraths wird ungefähr Mitte März erfolgen. Die Regierungsvorlage werde außer der Einführung eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit die Beseitigung des § 13 des Gesetzes über die Reichsvertretung vorschlagen, welcher die Regierung ermächtigt, wenn der Reichsrath nicht versammelt ist, dringende Maßregeln zu treffen mit der Verpflichtung, dem Reichsrath nur deren Gründe und Erfolge vorzulegen.

Für das ungarische Ministerium gilt nach dem genannten Journale die Ernennung des Grafen J. Andrássy zum Präsidenten und Lombard zum Finanzminister gesichert. Die übrigen Ernennungen sind noch unentschieden.

Florenz, 6. Febr. Die Kommission zur Verathung der Vorlage über die Kirchengüter hat sich konstituiert und zum Präsidenten die Luca und zum Schriftführer Mauro Macchi ernannt. Morgen findet die erste Sitzung statt. — Die mit Frankreich bezüglich der Repartition der päpstlichen Staatsschuld abgeschlossene Konvention ist, wie versichert wird, von sämtlichen Bureaux der Deputiertenkammer genehmigt worden.

London, 5. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde Seitens der Regierung die Einbringung mehrerer Bills angekündigt. Eine Reformbill ist nicht darunter.

Im Oberhause sprach Lord John Russell die Besorgniß aus, daß der aggressive Geist mehrerer Staaten weitere Calamitäten hervorrufen könne. Einer guten ministeriellen Reformbill verhielt der Lord seine Unterstützung. Des Grafen Derby Antwort betraf zumeist die Reformfrage.

Beide Häuser waren überfüllt. Die Sitzungen schlossen gegen 7 Uhr.

London, 6. Febr. In beiden Häusern wurden die beantragten Adressen ohne Widerspruch angenommen.

Zur Legung eines submarinen Kabels zwischen Balmouth und Halifax in Neu-

Schottland hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche in ihrem Prospektus eine Depeschen-Gebühr von höchstens 4 Pfd. Sterl. pr. einfaches Telegramm von 20 Worten in Aussicht stellt.

Kopenhagen, 6. Febr. Der wegen Hochverraths angeklagte Redakteur Vile ist heute in letzter Instanz freigesprochen worden, weil nicht dargethan sei, daß Vile eine verbrecherische Absicht gehabt habe. Der öffentliche Ankläger hatte Todesstrafe oder lebenslängliche Exilung gefordert.

Herrenhaus. (Schluß).

Im weiteren Verlaufe erklärten sich der Regierungs-Commissar Geh. Ober-Finanzrath Ed. und Herr Elwanger gegen das von Senatschulze vorgebrachte Amendement, während die Herren v. Meding, v. Below und v. Kleist-Regow für dasselbe sprachen. Das Amendement wurde hierauf abgelehnt, § 1 des Gesetzes-Entwurfes dagegen angenommen. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Verathung über den Gesetzes-Entwurf hier abgebrochen und erst der dritte Gegenstand der Tages-Ordnung, Vertrag mit dem Fürsten Thurn und Taxis, zur Debatte gestellt. Das Haus nahm ohne Debatte die Vorlage an. Nach unerheblicher Debatte erfolgte sodann die Annahme des Gesetzes über die Auflösung des Lehnverbandes in Alt-, Vor- und Hinterpommern u. nach den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses. — Nunmehr lehrte das Haus zur Fortsetzung der Debatte über das Genossenschaftsgesetz zurück, und zwar zunächst über § 2 und 3. Der Handels-Minister Graf Ippolit erklärte sich wiederholt gegen alle Amendements. Letztere wurden bis § 30 verworfen. Zu § 30 wurde ein Zusatz der Kommission (Notwendigkeit der Verfassung der General-Versammlung auf Antrag des zehnten Theiles der Mitglieder) angenommen. Dagegen wurde der Kommissions-Antrag zu § 32 abgelehnt. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

25. Sitzung. Mittwoch den 6. Februar, Vormittags 11 Uhr. Präsident: Eberhard Graf zu Stolberg. Am Ministerisch: eine größere Anzahl von Regierungs-Kommissarien. Die Tribünen sind fast leer und die Plätze im Hause lückenhaft besetzt. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Die Mittheilungen der gestrigen Beschlüsse des Abgeordneten-Hauses sind eingegangen und werden den betreffenden Kommissionen überwiesen. Dann genehmigt das Haus ohne jede Diskussion folgende Gegenstände: das Gesetz über inländische Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft, befindlichen Eisenbahnen; die Gültigkeit der Vertretung der Stadt Varmen durch den Beigeordneten Engels im Herrenhause; den Gesetzesentwurf, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols; das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Gebühren für Begleitscheine und Bleie. Demnächst erfolgt die zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Artikels 69 der Verfassungs-Urkunde und des Artikels 1 des Gesetzes vom 30. April 1851 und die Abänderung der Verordnung über die Wahl der Abgeordneten vom 30. Mai 1849. Das Haus nimmt dieses Gesetz auch in der zweiten Abtheilung an; es ist somit genehmigt. — Nunmehr fährt das Haus in der Verathung des Gesetzes über die rechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften fort, welche gestern verhandelt worden. Die §§ 33 bis 36 werden ohne Diskussion genehmigt. Bei § 37 bekräftigt Hr. v. Kleist den von der Kommission zu dem Alinea 1 gemachten Zusatz „auch wenn der Gesellschaftsvertrag auf bestimmte Zeit geschlossen ist.“ Es liege in dem Interesse der Genossenschaften, wenn man einem jeden Mitgliede den Austritt vorbehalte. — Graf Brühl befürwortet ebenfalls die Annahme des Amendements. Ohne dasselbe wäre es unmöglich, ein Mitglied auszuschließen, welches zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden. — Reg.-Komm. Geh. Ober-Regierungs-Rath Ed. die Regierung muß sich aus sachlichen wie formellen Gründen gegen dieses Amendement erklären und kann das Bedürfnis desselben nicht anerkennen. (Der Handelsminister Graf Ippolit ist in das Haus getreten.) Hr. v. Montenucci: Das Amendement erachte ich nicht für so unnöthig, denn es erleichtert und regelt den Anschluß und Austritt aus den Genossenschaften. Die arbeitende Klasse steht höher als früher und ist besser situiert. Man merkt es an dem Luxus, der in diesen Klassen der Genossenschaften wird eine Tyrannei ausgeübt, wie sie kaum in der Sklaverei vorkommen kann; es herrscht dort eine Abhängigkeit und Zwang, und wir müssen im Interesse der ärmeren Leute, welche sich diesem Zwang entziehen wollen, denselben die Befugniß wahren, dies zu jeder Zeit thun zu können. — Hr. v. Kleist empfiehlt nochmals aus denselben Gründen die Annahme des Amendements, während Professor Tellkamp sich dagegen ausspricht. Die Genossenschaften üben keinen Zwang, sie wirken unter den ärmeren Klassen nur Gutes und schaffen diesen nur Kapital. — Hr. v. Montenucci: Der Zwang werde dennoch

geübt, und zwar von denen, die an der Spitze der Genossenschaften stehen und die in der Regel die Inhaber des Kapitals seien. Wenn Hr. Tellkamp meine, die Genossenschaften schafften den armen Leuten Kapital so müsse er darauf erwidern, daß sie meistens den armen Leuten nur Schulden brächten. Nachdem noch der Referent Dr. Dernburg den Kommissionsantrag bekräftigt, wird über das Alinea 1 des Paragraphe in namentlicher Abstimmung abgestimmt und dasselbe mit 65 gegen 35 Stimmen angenommen. (Während der Abstimmung ist der Justizminister Graf zur Lippe in das Haus getreten.) Ebenso wird auch das zweite Alinea des Paragraphe angenommen. — Die §§ 38–53 werden demnächst nach kurzer Bestürmung durch den Referenten angenommen. Zu § 54 beantragt Herr Hasselbach, zu diesem Paragraphe nach dem Wortlaut der Regierungsvorlage hinter den citierten § 32 in Parenthese zu setzen „(Absatz 2)“. Nachdem der Regierungs-Kommissar sich mit dem Antrage einverstanden erklärt, die Herren von Kleist und Dr. Dernburg sich dagegen ausgesprochen, wird derselbe angenommen. — Zu § 56 hat die Kommission einen Zusatz gemacht, nach welchem eine Straandrohung ausgesprochen wird, wenn dieselbe insbesondere nach der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines, die gesellschaftliche Freiheit des Versammlungsrechts gefährdenden Mißbrauchs begründet wird. Nachdem der Referent und Hr. v. Kleist die Annahme dieses Zusatzes bekräftigt, erklärt der Handelsminister, daß er in der Sache selbst gegen diesen Zusatz nichts einzuwenden habe, im Uebrigen ihn aber für überflüssig halte, da das Gesetz vom 11. März 1850 ohnehin zur Anwendung komme und durch Hinzufügung des Zusatzes seine Kraft nicht verliere. Dann wird bei der Abstimmung der Kommissionsantrag verworfen und die Fassung des Abgeordneten-Hauses angenommen. — Als § 58 (jetzt 57) hat die Kommission einen Zusatzparagraphe zum Gesetz hinzugefügt, welcher die Errichtung einer Central-Kasse für die Genossenschaften aus Staatsfonds mit einem Betriebskapital von 2 Millionen verlangt.

Haus der Abgeordneten.

Abendsitzung. 5. Febr. Abends 7 Uhr.

Präsident: v. Jordanbeck

Am Ministerisch: die Minister v. Noon, Graf Ippolit und Graf zu Eulenburg, sowie drei Regierungs-Kommissarien.

Die Tribünen und Plätze im Hause sind zahlreich besetzt, als heute Vormittag.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 7 Uhr 30 Minuten mit der Verlesung einer Urlaubsgehe, die bewilligt werden.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, die Verathung des mündlichen Berichtes der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe über den Gesetzesentwurf betreffend die Vermehrung des Betriebsmaterials, die Herstellung doppelter Bohrgelände und notwendiger Ergänzungsanlagen der Staatsbahnen, die Verlegung der Verbindungsbahnen zu Berlin und zu Breslau und die Herstellung einer Eisenbahn von Dittersbach nach Altwasser und von Saarbrücken nach Saargemünd.

Der Antrag der Kommission geht dahin:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: den § 6 des aus dem Herrenhause zurückgekommenen Gesetzes-Entwurfes in nachfolgender Fassung anzunehmen: „§ 6. Jede Verfassung der Staatsregierung über die im § 1 sub. Nr. 1–8. bezeichneten Eisenbahnen resp. Eisenbahntheile durch Erlaubung, bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages“; und mit dieser Modifikation dem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Der Präsident verweist darauf, daß die Grundlage der Diskussion der § 6. des aus dem Herrenhause in diesem Paragraphe amendirt zurückgekommenen Gesetzes-Entwurfes bilde, und eröffnet darauf die General-Diskussion, indem er zunächst dem Berichterstatter das Wort ertheilt.

Referent Abg. Michaelis (Stettin): Hr. H! Bei der Verathung dieses Gesetzes-entwurfes waren sowohl in diesem, als im andern Hause Worte gefallen, welche diese Angelegenheit als einen neuen Konflikt bezeichneten. Ich schide voraus, daß es auf keiner Seite dieses Hauses in der Absicht gelegen hat, aggressiv vorzugehen, daß, wenn in dem ersten Stadium der Verathung genügende Erklärungen von Seiten der Regierung abgegeben wären, jede weitere Verhandlung verhindert worden wäre. Das Haus hat keine neuen Rechte erwerben, sondern nur sein bestehendes Recht innerhalb der Vorlage sichern wollen. In der Kommission, die heute Nachmittag zusammentrat, war der Herr Minister-Präsident anwesend. Nachdem seine geistige Rede verlesen war, erklärte er Folgendes, das ich nur dem Sinne nach wiedergebe; wenn man von der gestrigen Erklärung das rhetorische Werkwerk entfernt, so ist der nackte Kern folgender: Daß die Regierung sich zur Veräußerung solcher Eisenbahnen nicht befugt erachte, über deren Erträge entweder durch bestehende Gesetze oder durch Verpfändung zum Zweck der Eisenbahnschuldentilgung bereits dauernd verfügt sei. Diese Einschränkung, welche von der Regierung anerkannt

wird, treffe zu, ganz oder theilweise, bei allen Staatsbahnen, mit Ausnahme der Verla-Rüftriner, der schlesischen Gebirgs- und der Heppens-Oldenburger Eisenbahn. Die Regierung erklärte, daß eben, weil sie theilweise durch die Gesetze an das anerkannte Prinzip gebunden sei, sie den Vertrag über den Verkauf der Westfälischen Bahn den Häusern des Landtages zur Genehmigung vorgelegt habe. Der Hr. Ministerpräsident erklärte ferner, daß die Regierung dem Prinzip nicht Raum geben könne, bei Gelegenheit einer Anleihe, die für nützliche Zwecke von ihr verlangt werde, in Form einer Gegenbedingung eine Entscheidung streitiger Fragen zu treffen. Sie erklärte sich somit gegen den § 6, wie er aus den Beschlüssen des Hauses hervorgegangen war. Es wurde in der Kommission hervorgehoben, daß der Differenzpunkt zwischen der Regierung und diesem Hause praktisch von sehr geringer Bedeutung sei, da, wenn dies Haus die Zinsen dieser Anleihe, wie die Regierung als zulässig zugestehen, auf die Erträge der durch die Anleihe herzurichtenden Anlagen anweise, die Regierung in demselben Umfange gebunden sein werde in der Veräußerung, wie durch den in diesem Hause angenommenen § 6. Es wurde aber ferner hervorgehoben, daß es die Absicht dieses Hauses nicht gewesen sei, über die Grenzen dieses Gesetzes mit der Bedingung des § 6 heranzugreifen, und von diesem Gesichtspunkte aus, da sowohl von der Regierung als von dem Herrenhause Widerspruch erhoben war, wurde noch einmal in die Verathung des § 6 eingetreten. Der in Folge dieser Verathung eingebrachte Antrag der Kommission unterscheidet sich von dem früheren in zwei Beziehungen: 1. sind seine Grenzen schärfer bestimmt, insofern als er den Punkt 9 des § 1 abschließt. Man verzichte auf diesen Punkt, um der Auslegung, welche die Regierung dem § 6 gegeben hat, vorzubeugen. Die Kommission hat 2. statt des ursprünglichen Textes des § 6 eine solche Fassung gewählt, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist, daß die Vinculation nicht weiter sich erstrecken solle, als auf die Strecken, für deren Herstellung jetzt Anleihen bewilligt werden. Sie hat die Alternative „oder Verpachtung“, welche von der Regierung beanstandet wurde, weil darin ein Eingriff in das Verwaltungsrecht der Regierung liegen würde, gestrichen; denn die Kommission meint, daß es allerdings möglich sei, durch eine Verpachtung auf hundert Jahre den Verkauf zu umgehen, daß man aber, um einem derartigen Umgehen vorzubeugen, sich durch Gesetze keine Sicherheit verschaffen dürfe; denn eine derartige Lage Form könne man der Regierung nicht vertrauen. In dem die Kommission in dieser Weise genau und streng den Umfang der Klausel an den Umfang des vorliegenden Gesetzesentwurfes anpasse, glaube sie den letzten Entscheidungsschritt zu thun, um zu einer Verständigung mit der Regierung zu gelangen. Es wäre wünschenswerth, wenn die Regierung sich den Ansichten der Kommission conform erklären könnte, da nur auf diesem Wege die Uebereinstimmung der Faktoren der Gesetzgebung herbeizuführen ist. Ich empfehle Ihnen daher den Antrag der Kommission.

Handels-Minister Graf Ippolit: Namens der königlichen Staats-Regierung habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Staats-Regierung findet in der Fassung des § 6, die Ihnen jetzt die Kommission des Hauses vorschlägt und die unter Nr. 220 der Druckfäden in Ihren Händen ist, die Anwendung desselben Prinzips, mit welchem sich die Staatsregierung bereits bei Gelegenheit der Eisenbahn von Köslin nach Stolp einverstanden erklärt hat, und welche auch schon die Genehmigung beider Häuser erhalten hat. Die Staats-Regierung thut dies umso mehr nach den Erklärungen, die der Hr. Referent so eben abgegeben hat, und Namens der Staats-Regierung habe ich mich also mit dieser Fassung des § 6, wie ich sie vorher näher präzisirt habe, einverstanden zu erklären. (Lebhafter Bravo.)

Da Niemand sich zum Worte meldet, schließt der Präsident die General-Diskussion. In der Spezialdiskussion ergreift gleichfalls Niemand das Wort, und das Haus tritt den einzelnen Paragraphen, insbesondere auch dem von der Kommission beantragten, oben bereits gemeldeten § 6 gegen eine Minorität von 8 bis 10 Stimmen bei. (Gegen den Paragraphen stimmten u. A. die Abgg. Dr. Jacoby, Reichensperger, Dr. Michaelis (Altenstein), noch 2 Mitglieder der katholischen, und 4 Mitglieder der konservativen Fraktion, und nimmt das Haus mit derselben Majorität den ganzen Gesetzes-Entwurf definitiv an. Damit ist die Tagesordnung erledigt.) Der Präsident schließt die Sitzung um 7 Uhr 55 Min. und ladet zur nächsten Sitzung auf morgen um 10 Uhr ein.

Haus der Abgeordneten.

66. Sitzung.

Präsident v. Jordanbeck: Eröffnung 10¹/₂ Uhr. Am Ministerisch: Graf Eulenburg und mehrere Regierungs-Kommissarien. (Die Tribünen sind nur sehr spärlich besetzt.) Vor dem Eintritt in die Tagesordnung bittet Abg. Schulze (Berlin) den Präsidenten, das Genossenschaftsgesetz, welches im Herrenhause nur unwesentliche Abänderungen erlitten, noch vor dem Schluß der Session zur Er-

ledigung zu bringen. — Abg. von Vinde (Hagen) unterstützt diesen Antrag dringend und der Präsident verheißt Erfüllung dieses Wunsches. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der Interpellation des Abg. Dr. Lüning. Dieselbe lautet: „An die kgl. Staatsregierung erlaube ich mir die Frage zu richten, ob es ihr bekannt ist, daß der Landrath Dr. Schulz in Memel, früher Abgeordneter, von der königlichen Regierung zu Königsberg zum Wahlkommissarius für die Wahlen zum Reichstage des Norddeutschen Bundes im Kreise Memel-Heideking ernannt ist, und, ob sie eventuell gesonnen ist, diese Ernennung rückgängig zu machen!“ Der Minister des Innern erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit, und es erhält zur Begründung derselben das Wort der Abg. Dr. Lüning. Derselbe hebt hervor, daß die Wahl des Dr. Schulz mehrere Male wegen einiger Angehörigkeiten vernichtet worden sei. Die Ernennung desselben sei eine Mißachtung des Beschlusses des Hauses der Abgeordneten vom 15. Januar c. Es sei dies nicht der Weg zur Versöhnung, welche im Interesse des Landes so dringend geboten sei. Minister des Innern Graf Eulenburg: Darüber, ob der Landrath Schulz zum Wahlkommissar ernannt worden, ist mir bisher amtlich nichts bekannt geworden. Ich muß indeß erklären, daß wenn die Ernennung, was ich nicht bezweifle, erfolgt sein sollte, ich keine Veranlassung habe, derselben entgegen zu treten. (Bravo rechts.) Der Beschluß des Hauses vom 15. Januar enthält nichts weiter, als lebhaft ausgesprochene Wünsche des Hauses, welche die Regierung gern erfüllen wird, sobald es ihr möglich ist. Ich kann aber nicht zugeben, daß die Ernennung des Landraths eine Verletzung der Rechte des Hauses enthält. Ich glaube auch, daß die ganze Interpellation eigentlich gar nicht innerhalb der Kompetenz des Hauses gehört. (Bravo! rechts.) Der Beschluß des Hauses betraf damals nur die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, konnte sich aber nicht auf andere Wahlen beziehen. Damit ist die Angelegenheit erledigt. — Ohne Diskussion wird eine Petition, betreffend das Gesetz wegen Regulierung des Abdeckereiwesens vom 31. März 1858, der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. — Der Gesetzentwurf wegen Regelung der direkten Besteuerung in dem Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen wird nach der vom Herrenhause beschlossenen Fassung angenommen. Es folgen Petitionsberathungen. — Bericht der Gemeinde-Commission über Petitionen. Die stimmberechtigten Eingefessenen von Herringen beschwerten sich über die vom Landrath erfolgte Ernennung eines commissarischen Vorstehers der betreffenden Gemeinde. Die Commission beantragte: „die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung in der Absicht zu überweisen, die Regierung zu veranlassen, die Bestätigung des Esken zum Gemeinde-Vorsteher nachträglich auszusprechen und so dem mit dem Gesetze nicht zu vereinbarenden, auch sonst ungewöhnlichen Ausnahmezustande der Berufung eines Auswärtigen zum Vorsteher-Amt ein Ende zu machen.“ — Abg. Jung befragte diesen Antrag. — Abg. v. Vinde beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Ein Mann, wie Esken, der bei einem Festmahl, bei Gelegenheit eines Toastes auf Se. Maj. den König sitzen bleibe, der also die einfachsten Rücksichten des geselligen Anstandes nicht beobachtet, verdiene nicht, Beamter zu sein. (Bravo rechts.) — Abg. v. Bodum-Dollse: Nicht Esken allein, sondern viele andere Personen seien sitzen geblieben, weil sie den Toast des betreffenden Landraths nicht verstanden hätten. Dieser Fall sei aber vorgekommen, als die Bestätigung des Esken zum Gemeinde-Vorsteher bereits verfügt war. — Regierungs-Commissarius: Die Ernennung eines commissarischen Vorstehers verstoße nicht gegen das Gesetz. (Der Kultusminister v. Mähler erscheint.) — Nach geschlossener Debatte wird der Antrag des Abg. v. Vinde auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung mit 109 gegen 104 Stimmen angenommen. Es folgen verschiedene Petitionen aus Berlin, Memel und Landsberg, welche sämtlich über das im § 33 der Städte-Ordnung der Regierung vorbehaltene Bestätigungsrecht handeln. Die Commission beantragte folgende Resolution: „Das Haus der Abgeordneten, von der Verwerfung des von der Regierung bei Handhabung des im §. 33 der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 ihr zukommenden Bestätigungsrechtes kommunaler Wahlen befolgten Systems überzeugt, findet gleichwohl in Betracht, daß die gegenwärtige Regierung, gemäß auf den Wortlaut des Gesetzes, an ihrem System festhält, eine Intercession im Sinne der Petenten, sei es durch Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung, sei es durch Ergreifen der Initiative in der Gesetzgebung nicht zeitgemäß, und geht — jedoch nur aus diesem Grunde — zur Tagesordnung über.“ Abg. Twesten erachtet es für unmöglich, über so wohlbegründete Petitionen zur Tagesordnung überzugehen; die Motive des Commissions-Antrages sprächen selbst dagegen. In Berlin habe man sogar einen Aus-

länder (Hrn. Brede) zum commissarischen Stadtrath ernannt und erst, als die Sache gerechtes Aufsehen erregt, sei ihm nachträglich von der Regierung die Neutralisation verliehen. Jetzt habe die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin neue Wahlen vorgenommen, über welche eine Entscheidung noch nicht erfolgt sei. Deshalb sei es notwendig, die Petition der Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Das System der Regierung sei eine vollständige Beseitigung des Princips der Selbstverwaltung und Pflicht des Hauses sei es, bei jeder Gelegenheit seine Stimme dagegen zu erheben. — Abg. v. Vinde (Hagen) behauptet, daß aus der neuesten Zeit ihm kein Fall mehr bekannt sei, in dem der Minister des Innern bei den Bestätigungen seinem früheren Principe gefolgt sei. Der Minister des Innern habe früher bindende Erklärungen in dieser Beziehung abgegeben und er beantrage mit Rücksicht auf dieselben den Uebergang zur Tagesordnung. — Nach einer turnusmäßigen Erklärung des Regierungs-Commissarius wird der Schluß der Debatte beantragt, jedoch abgelehnt. Nachdem noch die Abgg. Jung und Birchow gesprochen, wird über den Antrag Vinde's „auf motivirte Tagesordnung“ abgestimmt. Da das Bureau sowohl bei der Probe, als auch bei der Gegenprobe zweifelhaft bleibt, so wird zur Zählung geschritten. Das Resultat derselben ist, daß der Antrag mit 123 gegen 116 Stimmen verworfen wird. Der Antragsteller beantragt hierauf den Namensaufruf über seinen Antrag. Das Resultat ist, daß der Antrag mit 125 gegen 113 Stimmen abgelehnt wird. Es folgt sodann die Abstimmung über den Kommissionsantrag; derselbe wird ebenfalls abgelehnt. Es wird zur Abstimmung über den Antrag des Abg. Jung auf Ueberweisung der Petitionen zur Berücksichtigung an die Staatsregierung geschritten. Da das Bureau auch hier sowohl bei der Probe, als bei der Gegenprobe zweifelhaft bleibt, so wird die Zählung vorgenommen. Das Resultat derselben ist, daß der Antrag mit 121 gegen 112 Stimmen angenommen wird. (Schluß folgt.)

In- und Ausland.

Berlin. Die Landtags-Session wird unverweilt geschlossen werden können, da alle wichtigen Arbeiten in beiden Häusern mit großer Anstrengung gefördert und erledigt worden sind. Im Herrenhause steht noch die zweite Abstimmung über das Gesetz wegen der Theiligung der neuen Provinzen am Abgeordnetenhaus bevor.

Ob der König den Schluß der Session selbst vollziehen wird, dürfte vorzugsweise von dem Besinden Sr. Majestät abhängen.

In Betreff der gemeldeten Anstellung einer Anzahl neuer Beamten in der Provinz Hannover ist noch zu bemerken, daß dieselbe noch keine definitive ist, sondern daß es sich dabei vorläufig nur um commissarische Wahrnehmung der Funktionen handelt, welche die zur Disposition gestellten früheren Inhaber dieser Ämter zu versehen hatten. Die definitive Besetzung dieser Ämter kann erst nach erfolgter definitiver Organisation des ganzen Verwaltungswesens in den neu erworbenen Provinzen erfolgen.

Frankreich. Paris, 4. Febr. Der Kaiser wird in seiner Eröffnungsrede, wie man mir aus gut unterrichteten Munde berichtet, dem französischen Volke eine unerwartete Mittheilung machen. Dieselbe betrifft die orientalische Frage. Die von Hrn. v. Moustier befolgte, der Türkei günstige Politik ist ganz aufgegeben und Frankreich, Oesterreich und Rußland — Sie lesen richtig, ich sage: Rußland — haben ein Uebereinkommen unterzeichnet, durch das sie sich zu einer gemeinsamen Haltung der Pforte gegenüber verpflichten. Die drei Mächte wollen weitgreifende „Reformen“ zu Gunsten der christlichen Unterthanen der Pforte, Nämlich der serbischen Festungen, die Investitur für den Prinzen Karl von Hohenzollern und eine ganz unabhängige Verwaltung für Kreta fordern. Zu letzterer soll der Sultan nur noch in einem oberbezüglichen Verhältnisse bleiben. Der Kaiser wird, so berichtet man, das Zustandekommen dieser Einigung in seiner Rede vom 14. Februar verkündigen. Unter diesen Verhältnissen hat der Rücktritt des Grafen Beldi (Pr. v. Brest) bereits zum Minister-Präsidenten ernannt) hier einen guten Eindruck gemacht. Der Kaiser hat sich sofort in günstigster Weise über Brest's „Befähigung“ ausgesprochen. Auch die Versöhnung mit Ungarn wird am hiesigen Hofe lediglich als Brest's Verdienst angesehen, und Napoleon III. legt auf den Ausgleich zwischen Wien und Pesth großes Gewicht. Se. Maj. hat dem Bernheim nach dem Fürsten Metternich „seine lebhafteste Befriedigung“ über die Beseitigung des Zwiespaltes mit Ungarn zu erkennen gegeben.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 7. Februar

(In Anerkennung der im letzten Kriege hervorgetretenen Verdienste sind u. A. noch folgende Auszeichnungen verliehen worden): Es erhielten: den R. Kronen-Orden 4. Kl. mit Schw.: Hr. v. Dohna, Rittmstr. der Cavallerie, 1. Aufw. des 2. Bats. (Pr.-Holland) 3. Oßpr. Landwehr-Regts. Nr. 4, Commdr. der Stadtwache. — Vom 7. Oßpr.

Inf.-Regt. Nr. 44: den R. Kronen-Orden 4. Kl. m. Schw. Pr. Lt. Doepner. Belobt wurde Sec.-Lt. Nieber. Vom 8. Oßpr. Inf.-Regt. Nr. 45: Den Rother Adler-Orden 4. Kl. mit Schw. Oberstl. Schönmann, Major v. Rameke, jetzt im Inf.-Regt. Nr. 74, Pr.-Lt. Wobke, Hauptm. v. Karger. Für die Mannschaften des Regiments wurden im Ganzen 11 Militär-Ehrenzeichen 2. Kl. bewilligt. Vom 1. Leib-Fusaren-Regt. Nr. 1 erhielt den R. Kronen-Orden 4. Kl. mit Schw.: Der Stabs- und stellvertr. Regts.-Arzt Dr. Ziesmer. Für die Mannschaften des Regiments 3 Militär-Ehrenzeichen 2. Kl. Vom Oßpr. III.-Regt. Nr. 8. Den Rother Adler-Orden 4. Kl. mit Schw. Sec.-Lt. v. Wuffow. Belobt wurde: Sec.-Lt. Dallmer, jetzt im III.-Regt. Nr. 14. Oßpr. Feld-Art.-Regt. Nr. 1: Den Rother Adler-Orden 4. Kl. m. Schw. Rohde, Oberst und Abtheilungs-Commandeur, jetzt a la suite des Oßpr. Regts. Nr. 1. und Commandant von Cosel, und dem Assistenzarzt Dr. Schulz. Den R. R.-D. 4. Kl. m. Schw. v. Braunschweig Pr.-Lt. jetzt im Feld-Art.-Regt. Nr. 10. Das Alg.-Ehrenzeichen: die Kanoniere Bartid u. Dertel. — Oßpr. Pionier-Bataillon Nr. 1: Den Rother Adler-Orden 4. Kl. mit Schwertern: Hauptmann v. d. Gröben. — Feld-Lazareth b. 1. Armee-Corps, 1. schweres Feld-Lazareth: Den Rother Adler-Orden 4. Kl.: dem Assistenzarzt Dr. Steppuhn. Für die Unterbeamten re. wurden 4 Alge.-Ehrenz., davon 2 am Bande des R. Adl.-Ord. mit dem schwarzen Streifen bewilligt. 3. schweres Feld-Lazareth: Für die Unterbeamten re. 2 Alge.-Ehrenzeichen, davon 1 am Bande des R. Adl.-D. m. d. schw. Streifen. 2. leichtes Feld-Lazareth: Für die Unterbeamten re. 1 Alge.-Ehrenz. am Bande des R. Adl.-D. mit dem schw. Streifen u. 4 Militär-Ehrenz. 2. Kl. — Von der Marine erhielten: Den R. Kronen-Orden 3. Kl. mit Schw.: Corvetten-Capt. Werner. Den R. Adl.-D. 4. Kl. mit Schwertern: Capt.-Lt. Rabeburg. Den R. R.-Ord. 4. Kl. m. Schw.: Stenzel, Lt. z. S. Das Militär-Ehrenz. 1. Kl. Matrose 1. Kl. Krienitz und Steinemann Heinrich. Das Militär-Ehrenz. 2. Kl.: Feizer Martin, Bootsmannmaat Scheibler und Zimmermannmaat Hoff.

(Mutterliebe.) — An schönen Tagen sah man vor einem Hause in der Altstadt eine Mutter ihren in Folge der Mäfern vollständig erblindeten Knaben, ein bildschönes Kind, sorgsam spazieren führen. Auf den Rath der Ärzte mußten die Eltern sich jedoch entschließen, den Knaben in die Blindenanstalt nach Königsberg zu schicken und die Mutter geleitete ihn dort hin. Die Trennung zwischen Mutter und Kind mußte sehr schwer geworden sein; die Frau lehrte zwar zurück, aber sie vermochte den Gedanken, von ihrem Lieblinge getrennt zu leben, nicht zu ertragen und versiel in ein Nervenfieber, welches sie vor einigen Tagen von dieser Erde abrief.

(Die Omnibus-Verbindung) zwischen der Stadt und dem bährischen Etalissement welche mit großem Elan in's Leben gesetzt wurde, hat zum großen Verdruss des Publikums stillschweigend ein Ende genommen und mußten viele Familien, welche noch darauf gerechnet hatten, bei dem in den Abendstunden eingetretenen schlechten Wetter per pedes apostolorum nach der Stadt zurückkehren. Es wäre jedenfalls in der Ordnung gewesen, daß der Besitzer des Etalissements das Einstellen der Omnibus-Verbindung dem Publikum anzeigte.

(Trottoirlegung.) Aus den Lieferungsanschreibungen für Trottoirplatten Seitens der Stadt-Bau-Computation ersehen wir, daß der Magistrat im Laufe des Sommers beträchtliche Straßenstrecken mit Trottoir's zu versehen beabsichtigt. Da sprechen wir denn den wohl gewiß gerechtfertigten Wunsch aus, zuvörderst diejenigen Hauptstraßen zu bedenken, welche nach den entlegenen höheren Schulanstalten führen; denn Erwachsene können sich eher durch den Straßenschmutz helfen, als die Schuljugend welche noch obenein den ganzen Tag in den durchnästen Stiefeln sitzen muß.

(Gerichtsverhandlungen vom 7. Februar cr.) 1. Die sep. Frau Pauline Lewandowski, bereits mehrfach bestraft, hat im Herbst v. J. gestohlen dem Badebesitzer Herrn Müller zu Reusfahrwasser einige Stücke Wäsche gestohlen und wird mit 14 Tagen Gefängniß bestraft. 2. Der Arbeiter Bludom wird überführt an einem Diebstahl von Holzabfällen Theil genommen zu haben und wird mit 1 Woche Gefängniß bestraft. 3. Ein Gast in einer Restauration am Holzmarkt hatte sich Bier geordert, welches ihm nicht schmeckte; um es jedoch nicht unnütz bezahlt zu haben, rief er den Arbeiter Schulz aus Ohra in die Gaststube und gab ihm das Bier anzutrinken. Schulz machte indeß einen zu ausgedehnten Gebrauch von der Freigebigkeit und nahm das Seidel gleich mit, weshalb er wegen widerrechtlicher Zueignung des Letztern mit 1 Woche Gefängniß bestraft wird. 4. Der Arbeiter Pohn aus Brantau wurde von zwei Beamten am 30. November cr. mit 3 Weizen Weizen betrosfen, die er sich widerrechtlich bei der Arbeit auf dem Dampfer Norfolk zugeeignet hatte. Da Pohn bereits mehrfach wegen Diebstahls bestraft worden ist, so lautet das niedrigste ihm für dieses Vergehen zuerkannte Strafmaß auf 6 Monate Gefängniß, 1 Jahr Ehrverlust und Polizei-Aufsicht. 5. Die beiden Brüder August und Heinrich Schramm, noch im jugendlichen Alter, wurden am 22. September cr. von einem Fuhrmann auf dem Wege von Schönfeld nach Koeban als Fahrgäste mitgenommen, indeß vergaltten sie diese Gefälligkeit mit schwarzem Umdank, denn beide Knaben bestahlen den gutmüthigen Fuhrmann an Waaren, welche er für fremde Leute geladen hatte. Der ältere der Brüder

(August) warf schon unterwegs einen Hut Buder vom Wagen in den trockenen Chaussee-graben, um solchen später von dort zu holen und der jüngere bemaupte alle anderen Passanten mit Krümmern. Ersterer wird mit 1 Monat Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust, Letzterer mit 14 Tagen Gefängniß bestraft.

(Konzert.) Das siebente Symphonie-Concert der Buchhölischen Kapelle hatte gestern wieder ein zahlreiches und gewähltes Auditorium im Schützenhause versammelt. Der fleißige und umsichtige Dirigent, Herr Musikmeister Buchholz, der noch vor Kurzem in Anerkennung seiner Verdienste von dem Offiziercorps des Regiments einen werthvollen Taktstock empfangen hatte, bewährte auch diesmal durch eine treffliche Auswahl klassischer Musikstücken seinen gebiegenen Geschmack. Auch die Anekdote war eine im Ganzen befriedigende. Wir hörten die Ouvertüren No. 1 und 2 zu Leonore von Beethoven, zwei imposante Tongemälde von großartigster Wirkung. Dann einen Trauermarsch von Schubert, von Markull arrangirt, und die Ouvertüre zu Ray-Bias von Mendelssohn-Bartholdy. Ein Ragie von Hugo Ulrich, sehr gut vorgelesen, fand großen Beifall. Doch wie immer siegte auch diesmal Beethoven. Die herrliche B-dur-Symphonie machte den glänzendsten Eindruck und riß die Zuhörer zu rauschenden Beifallsspenden hin.

(Traject über die Weichsel.) Tereapol: Culm unterbrochen, starker Eisgang. Warlubien: Gradenz unterbrochen. Czerninski: Marienwerder unterbrochen, starker Eisgang.

Handel und Verkehr.

Stettin, 6. Februar. (St.-Anz.) Weizen 81—86 bez., Frühjahr 84½—84 bez., Roggen 54½—55½ bez., Februar 54—53½ bez. u. G., Frühjahr 54—53½ bez. u. G., Kübel 11½ Br., 11½ bez., Februar 11½ bez., April-Mai 11½ Br., Spiritus 16½ Br., Februar 16½ Br., Frühjahr 16½ bez., Br. u. G.

Berlin, 6. Februar. (St.-Anz.) Weizen loco 76—90 *Ne* nach Qualität, bunt poln. 81 *Ne*, weißbunt desgl. 85 ½ *Ne* bez., Lieferung pr. Februar 79 *Ne* Br. April-Mai 79 *Ne* bez., Mai-Juni 80 *Ne* nominell, Juni-Juli 81 *Ne* nom.

Roggen loco 78—79 *Ne* 54½—55 *Ne* ab Bahn bez., 79—80 *Ne* 55—½ *Ne* do., 79—81 *Ne* 55½—56 *Ne* do., 80—82 *Ne* 55½—56½ *Ne* do., feinerer 55—56½ *Ne* do., pr. Februar 56½—55½ *Ne* bez., Februar-März 55½ *Ne* bez., Frühjahr 55—54½ *Ne* bez., Mai-Juni 55½—55 *Ne* bez. u. Br., Juni-Juli 55½—55 *Ne* bez., Juli-August 54 *Ne* bez.

Gerste, große und kleine, 44—52 *Ne* 7750 *Ne*.

Hafer loco 26—29 *Ne*, schlef. 28—¾ *Ne* böhmischer 27½ *Ne* ab Bahn bez., pr. Februar-März 28 *Ne* Br., Frühjahr 28—27½ *Ne* bez., Mai-Juni 28½ *Ne* Br.

Erbsen, Kochwaare 56—68 *Ne*, Futterwaare 48—56 *Ne* bez.

Kübel loco, 11½ *Ne* Br., pr. Februar u. Februar-März 11½—11¼ *Ne* bez., April-Mai 11½—11¼ *Ne* bez. u. G., Mai-Juni 11½ *Ne* bez.

Leinöl loco 13½ *Ne*.

Spiritus loco ohne Faß 17 *Ne* bez., pr. Februar und Februar-März 17½—17 *Ne* bez. u. Br., 16½ *Ne* G., April-Mai 17¼—17 *Ne* bez., Br. u. G., Mai-Juni 17¼—¾ *Ne* bez. u. Br., ¾ *Ne* G., Juni-Juli 17¼ *Ne* bez. u. Br., ¾ *Ne* G.

Danzig, 7. Februar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 *Ne*, 97½—95, 97½, weiß 100 *Ne*; 127—129 *Ne*, 95, 98, 101½—98, 100, 102½ *Ne*; 130—131½ *Ne*, 132—133 *Ne* fein 103, 105 106½ *Ne*. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19—121/22 *Ne*, 84, 86½ — 85, 88 *Ne*, 122/23—124/25 *Ne*, 86, 89—89, 91 *Ne*, 126/27 *Ne*, 90, 92½ 94 *Ne* 85 *Ne* für Schiff. einzuwiegen.

Roggen, 120—122 *Ne*, 57—58 *Ne*, 124—126 *Ne*, 59—60 *Ne*, 127—128 *Ne*, 60½, 61—61, 61½ *Ne* 81½ *Ne* preuß. für Schiff. einzuwiegen.

Gerste, fl. Futter- 98/100 — 103/4 *Ne*, 47—48, 49 *Ne* 72 *Ne* für Schiff. einzuwiegen. — Gerste, fl. Malz- 102—104 *Ne*, 48, 49—49½, 50½, 51 *Ne*, 106—108 *Ne*, 51½, 52 — 53, 54 *Ne* 110 *Ne* 53½, 54½ *Ne* für gemessenen Scheffel. — Gerste, gr. Malz- 105 — *Ne*, 52 53 — *Ne*, 107—110 *Ne*, 53, 53½—55½, 55½ *Ne*, 112 114 *Ne*, 54½, 56—55½, 56½, 57 *Ne* 72 *Ne* für Schiff. einzuwiegen.

Hafer 27½—30 31 *Ne* 50 *Ne* für Schiff. einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch 62½—64, 65 *Ne*, abfallende 57 58—59 61 *Ne* 90 *Ne* für Schiff. einzuwiegen.

Spiritus: 16½, 16¼ *Ne* 8000 % Tr. bez.

Danziger Börse.

Börsenverkäufe:

Weizen fand heute mehr Beachtung. Es wurden 120 Last zu vollen in einzelnen Fällen zu höheren Preisen gegen gestern bezahlt. Bedingungen wurde: für 120 *Ne* 490, 115/16, 116/17, 117 *Ne* im Verbande 505, bunt: 122/23 *Ne* 545, 122 *Ne* 555, gut- und hellbunt: 123, 124 *Ne* 580, 126, 126 7/8 *Ne* 590, 126/7, 127 *Ne* 595, hochbunt: 126/7 *Ne* 600, 128 *Ne* 605, 127, 129 *Ne* 610 für 5100 *Ne* Last. Roggen unverändert, 120 *Ne* 342 für 4910 *Ne* Last.

Hafer 180 für 3000 *Ne* Last.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	144	6 ₃
do. 2 Monat	5	143 ¹ / ₄	
Hamburg 300 Mark kurz	4	152	b ₃
do. 2 Monat	4	151 ³ / ₈	b ₃
London 1 Strl. 3 Monat	4	6	227 ⁸ / ₈ b ₃
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80 ¹¹ / ₁₂	b ₃
Wien 150 fl. 8 Tage	5	79 ³ / ₈	b ₃
do do. 2 Monat	5	79	b ₃
Angsborg 100 fl. 2 Monat	5	56.24	b ₃
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3 ¹ / ₂	56	26 b ₃
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99 ³ / ₄	⊗
do. 3 Monat	6	99 ¹ / ₆	⊗
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	90 ⁷ / ₈	b ₃
do. do. 3 Monat	7	89 ¹ / ₈	b ₃
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4 ² / ₂	110 ¹ / ₂	b ₃
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	82 ¹ / ₄	b ₃

Preussische Fonds.			
Anleihe von 1859	5	104 ³ / ₈	83
Freiw. Anleihe	4 ¹ / ₂	99 ³ / ₄	b ₃
St.-A. von 54—55, 57	4 ¹ / ₂	99 ³ / ₄	b ₁
do. von 59	4 ¹ / ₂	99 ³ / ₄	b ₁
do. von 56	4 ¹ / ₂	99 ³ / ₄	b ₃
do. von 64	4 ¹ / ₂	99 ³ / ₄	b ₁
do. von 50—52	4	90 ¹ / ₂	b ₃
do. von 53	4	90 ¹ / ₂	b ₃
do. von 62	4	90 ¹ / ₂	b ₃
Staats-Schuldscheine	3 ¹ / ₂	85 ³ / ₄	b ₃
Pr.-Anf. von 55 à 100	3 ¹ / ₂	122 ³ / ₄	b ₃
Kr.- und Am. Sch.	3 ¹ / ₂	82	⊗
Ob.-Sch.-Obflg.	4 ¹ / ₂	—	—
Kurz- u. Neum-Pfandbriefe	3 ¹ / ₂	79 ³ / ₄	b ₃
do. neue	4	90 ¹ / ₂	b ₁
Ostpreussische Pfandbriefe	3 ¹ / ₂	79 ¹ / ₄	b ₃
do.	4	87	b ₃
Pommersche "	3 ¹ / ₂	78 ³ / ₄	b ₃
do.	4	90 ¹ / ₂	b ₃
Westpreussische Pfandbriefe	3 ¹ / ₂	76 ³ / ₄	b ₃
do.	4	86 ¹ / ₂	b ₃
do. neue	4	—	—
do. do.	4 ¹ / ₂	94 ³ / ₄	b ₃
Preussische Rentenbriefe	4	91	⊗

Gold- und Papiergeld.			
Friedrichsd'or	113 ⁵ / ₁₂ b3	Dollars	1.11 ⁵ / ₈
Gold-Kronen	9. 8 G	Sovereigns	6.23 ¹ / ₂
Louisd'or	111 G	Russische Bat.	82 b3
Napoleonsdor	5. 12 ¹ / ₄ b3	Polnische do.	— —

Wo der Bambus drohend winket,
Wo die Bastonade schreckt,
Held ist, wem der Muth nicht sinket,
Wird sein Freiheitsinn entdeckt.

Doch nur ferner nicht gewimmert,
Wenn einmal noch Krieg es giebt!
Niemand dann um euch sich kümmert,
Weil der Krieg nur Helden liebt.

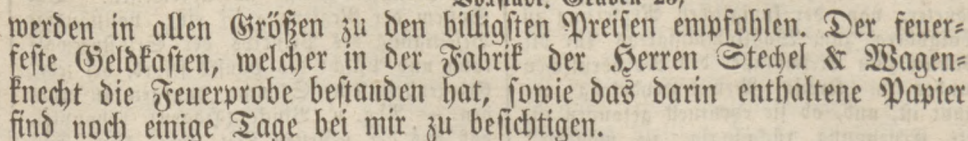
Tapfersten und Liberalsten
Ziehen wir die Tapfern vor,
Welche einst den Kriegstanz walzten
Bis Paris mit Blüchers Corps. Dr. H.

Der unsterbliche Tonidichter Josef Haydn wurde am 31. März 1732 zu Rohrau in Österreich geboren und war das älteste von zwanzig Kindern seines Vaters, eines Wagners, Namens Mathias, welcher in seinen Banberjahren etwas Harfenspiel gelernt hatte und es gerne als Meister zu Rohrau in seinen Erholungsstunden übte. Seine Gattin Annamiril (Anna Maria) begleitete gewöhnlich die Melodien mit ihrer netten Gesang und der kleine Söppel (unser Josef) saß daneben und geigte mit einem Stabe auf seinem Arm, was eine Violin-Produktion vorsellen sollte. Eines Tages kam aus dem nahen Hainburg Herr Johann Grant, Schullektor, auf Besuch nach Rohrau und die Familie Haydn gab ihm eines ihrer Hauskonzerte zum Besten.

Die Eltern nahmen diesen Vorschlag freudig an und Josef Haydn zog mit dem Nestor nach Hainburg, wo er Unterricht im Lesen und Schreiben, in der Religion, im Singen, und fast in allen Instrumenten, sogar im Panofspiel erlangte. Bereits im achten Lebensjahre hatte er es in der Musik zur Virtuosität gebracht, so daß er weit und breit berühmt war. Ost ängerte sich später der große Haydn: „Ich verdamme dem Vetter Frank noch im Grab, daß er mich zu so vielerlei g'macht hat, obwohl ich dabei mehr Brause als Essen bekommen hab!“

Nach drei Jahren kam der Postkapellmeister Reutter aus Wien in das Städtchen und wollte die Chorknaben für die Stefanskirche anwerben. Es wurde ihm vor Allem das „Wunder-Seppel“, wie damals Haydn genannt wurde, vorgeschlagen. Der Kapellmeister ließ sich ihn aufführen, prüfte ihn und war ganz erstaunt über den Schmuck seiner Stimme und seinen richtigen Vortrag. Er nahm Haydn an, dieser verließ bald Hainburg und kam als Schüler in das Kapellhaus der Stefanskirche zu Wien, wo er bis in sein sechszehn-

W. W. W. in Danzig



20. Langgasse 20.

Med

rt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

rt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.